

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 und l. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf-Freytag, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

16/79
20. November

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuß, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Nach der Entscheidung des Wissenschaftsrats:

Ausbau der Naturwissenschaften ist jetzt endlich gesichert

Minister und Universität legten gemeinsame Konzeption vor

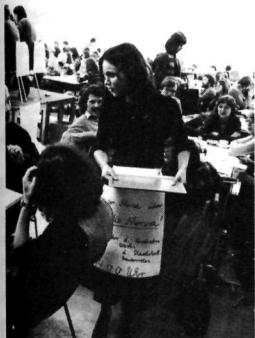
Die Universität Oldenburg ist nach Jahren der Mängelwirtschaft auf dem besten Weg, eine Hochschule zu werden, die in ihren Forschungs-, Lehr- und Lernbedingungen in absehbarer Zukunft keinen Vergleich mehr mit anderen Universitäten scheuen muß. Den Grundstein dafür legte am vergangenen Freitag in Berlin der Wissenschaftsrat, der die vom Niedersächsischen Wissenschaftsminister und der Universität Oldenburg gemeinsam vorgelegte Konzeption für den Ausbau der Naturwissenschaften mit nur geringfügigen Änderungen akzeptierte. Damit ist die finanzielle Beteiligung des Bundes gesichert.

Das 133-Millionen-Mark-Projekt auf dem Standort Wechloy wird auf einer Hauptnutzfläche von 25.300 Quadratmetern 1700 flächenbezogene Studienplätze schaffen. Sie werden fast ausschließlich für Mathematik und die naturwissenschaftlichen Studiengänge zur Verfügung stehen. Unklar ist noch, wie die Empfehlung des Wissenschaftsrates zu verstehen ist, in Wechloy auch Studienplätze für Arbeitslehre/Polytechnik und für Geographie einzurichten.

Diese Abweichungen von der vom Land vorgelegten Konzeption können allerdings „die große Erleichterung und Zufriedenheit in der Universität“, so Interimspräsident Professor Hans-Dietrich Raapke, nicht beeinträchtigen, da das Hauptziel erreicht ist: der Vollausbau aller naturwissenschaftlichen Fächer in einem Rahmen, der gute Bedingungen für Wissenschaftler wie Studenten schafft.

Ohne Zweifel kann die Universität die Berliner Beschlüsse des Wissenschaftsrats als großen Erfolg einer Politik verbuchen, die darauf abzielte, unter keinen Umständen zuzulassen

Mensa-Mängel werden beseitigt



Drangvolle Enge in der Mensa: Ulrike Sanders, Sozialreferentin des ASTA, leistet als Serviererin „Überstunden“, um Vertretern des Studentenwerkes und des Staatshochbauamtes auf die Misere aufmerksam zu machen. Inzwischen hat sich auch die Baukommission der Universität mit den Forderungen des ASTA beschäftigt. Es wurden weitere Gespräche vereinbart, um die noch nicht beseitigten Mängel zu beheben.

den, daß sich die periphere Lage der Stadt Oldenburg auch in der wissenschaftlichen Bedeutung ihrer Univer-

Jura-Studiengang erstmals in größerem Kreis beraten

Stadt und Universität luden ins Rathaus ein

Auf Einladung der Stadt Oldenburg und der Universität Oldenburg sowie der Universitätsgesellschaft ist erstmals im Rathaus ein größerer Kreis von fachlich und sachlich Interessierten zusammengekommen, um die Einrichtung eines rechtswissenschaftlichen Studienganges an der Universität Oldenburg zu erörtern. Zu diesem Gespräch waren Vertreter der örtlichen Gerichte, der Justiz- und Verwaltungsbehörden, der Kammern und Verbände eingeladen, da gerade aus den Bereichen der juristischen Berufspraxis wichtige Hinweise zur Gestaltung des einzurichtenden Studienganges erwartet werden können. Zugleich sollte dieses erste Gespräch der Anfang einer späteren Zusammenarbeit in Studium und Ausbildung, Lehre und Forschung sein.

Die Niedersächsische Landesregierung beabsichtigt, zur Verbreiterung des Fächerspektrums an der Universität Oldenburg einen rechtswissenschaftlichen Studiengang einzurichten. Die Stadt, die Universität und die Universitätsgesellschaft haben sich in der Vergangenheit mehrfach darum bemüht; ein Antrag der Universität auf Einrichtung dieses Studienganges liegt dem Minister für Wissenschaft und Kunst seit Ende 1978 vor. Mit ihrer Vielfalt von Gerichten, Justiz- und Verwaltungsbehörden, Kammern und Verbänden bietet die Stadt Oldenburg besonders günstige Standortbedingungen für eine rechtswissenschaftliche Ausbildung.

Bei den Beratungen wurde vor allem über die Frage des Bedarfs an juristischem Nachwuchs und über einen möglichen Schwerpunkt der juristischen Ausbildung in Oldenburg diskutiert. Während von einigen Vertretern der Justiz grundsätzliche Bedenken - insbesondere hinsichtlich des Bedarfs - gegen den geplanten Studiengang geäußert wurden, schlossen sich die anderen Gesprächsteilnehmer dem Wunsch an, daß in Oldenburg eine Ausbildung für Juristen in voller Breite ermöglicht werden müs-

sität widerspiegelt. Dieser Zustand drohte aber im Frühjahr des Jahres, als der naturwissenschaftliche Ausbau in einer Weise zusammengestrichen werden sollte, die eine adäquate Forschung und Lehre infrage gestellt hätte. Die scharfe Reaktion der Universitätsgesellschaft, die ihren Höhepunkt in der Hannover-Demonstration am 8. Mai 1979 fand, und insbesondere der Einsatz von Vertretern der Stadt, der Universitätsgesellschaft, der Parteien und regionalen Interessenverbände führte dazu, daß zwischen Hochschule und Ministerium ein Kompromiß zum Ausbau gefunden wurde, der eine gemeinsa-

Fortsetzung auf Seite 2

se, während z.B. die Bildung von inhaltlichen Schwerpunkten der juristischen Ausbildung ein späterer Schritt sei.

Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst will in Kürze mit der Universität Oldenburg Gespräche über die weitere Entwicklungsplanung führen und im Rahmen dieser Erörterung auch die Einrichtung eines Juristischen Fachbereichs ausführlich behandeln. Bereits am vergangenen Dienstag trat eine kleine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Justiz zusammen, um die Beratungen fortzusetzen und eine Stellungnahme „aus Oldenburger Sicht“ vorzubereiten.

„Akademisches Proletariat ist ein Gespenst“

Der Staatssekretär im Bundeswissenschaftsministerium, Hermann Granzow, hat vor dem Convent Deutscher Kooperationsverbände erklärt, mit Schlagwörtern wie „akademisches Proletariat“, „Ärzte- und Juristenschwemme“ solle nur verdeckt werden, daß die Aufgabe weithin nicht bewältigt sei, mehr und besser qualifizierte junge Menschen mit Arbeitsplätzen zu versorgen. Schließlich seien die großen Jahrgangsstärken nicht von der Bildungspolitik verursacht. Ab Ende der 80er Jahre seien geburtschwache Jahrgänge zu erwarten, die „Ausbildung auf Vorrat“ nötig machen. Außerdem seien höherqualifizierte am Arbeitsmarkt immer noch chancenreicher als weniger qualifizierte. Wörtlich erklärte Granzow weiter: „In der Bundesrepublik und schon im Deutschen Reich seit Wilhelm II. ist das akademische Proletariat ein gern gesehene Gespenst derjenigen, die die Hochschulbildung für einige wenige, vor allem für ihre Söhne und Töchter, reservieren wollen.“

Fachbereichsräte gegen Institute

Aber nur im FBR II ein einheitliches Votum

Gegen die Einrichtung von Instituten und Seminaren haben sich bisher alle Fachbereichsräte der Universität ausgesprochen, wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß die Befürworter von wissenschaftlichen Einrichtungen eine außerordentlich relevante Minderheit bilden. Die Entscheidungen zum Organisationsplan, der abschließend vom Senat beraten wird und am 31. Dezember dem Wissenschaftsminister vorliegen muß, gingen zum Teil sehr knapp aus. Lediglich im Fachbereichsrat II gab es ein einheitliches Votum. Nachfolgend bringen wir einen gerafften Überblick über den derzeitigen Stand der Beschlüsse in den Fachbereichen.

Fachbereichsrat I: Er beschloß mit 6:5:1 Stimmen die Beibehaltung der bisherigen Fächerstruktur. Diskutiert wird zur Zeit noch, ob mögliche Fachkommissionen mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden sollen. Alle Gegner dieses Beschlusses waren für die Einrichtung von Instituten und Seminaren.

Fachbereichsrat II: Einstimmige Entscheidung, den Fachbereich in seiner jetzigen Struktur so zu erhalten, wie er ist. Fachkommissio-

nen sollen keine Entscheidungsbefugnisse erhalten.

Fachbereichsrat III: Mit 8:4:2 Stimmen wurde ein Tendenzbeschluss gefaßt, der die Beibehaltung des Fachbereichs in seiner jetzigen Größe vorsieht. Auch hier sollen lediglich Fachkommissionen eingerichtet werden, wobei noch unklar ist, welche Entscheidungskompetenzen sie haben sollen. Ein Antrag zur Einrichtung von flächendeckenden Seminaren und Instituten wurde nicht akzeptiert.

Fachbereichsrat IV: Im dritten Anlauf entschieden sich die Mitglieder mit 7:5:1 Stimmen für eine Teilung des Fachbereichs in vier Fachbereiche (Mathematik, Chemie, Physik, Biologie). Die Fachbereiche sollen in einer Fakultät für Mathematik/Naturwissenschaften zusammengefaßt werden. Die ZETWA wird als Betriebseinheit erhalten bleiben und auch für andere Fachbereiche als Serviceeinrichtung weiterhin nutzbar sein. Die Gegner dieses Beschlusses kommen aus verschiedenen Lagern. Die einen wollen den Erhalt des Fachbereichs in seiner jetzigen Struktur, die anderen die Einrichtung von Instituten und Seminaren. gh

Prüfungsberechtigung bleibt umstritten

Weitere Verhandlungen der KWM mit dem Ministerium

Nach wie vor lehnt es das Kultusministerium ab, allen wissenschaftlichen Assistenten und nicht auf Lebenszeit angestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern der Oldenburger Universität die Prüfungsberechtigung zu verlängern. Lediglich in wenigen Einzelfällen wurde diese Regelung bisher außer Kraft gesetzt.

Nach Einschätzung des Prüfungsamtes, der Universitätsleitung, der Konferenz Wissenschaftlicher Mitarbeiter (KWM) und auch des ASTA ist diese Regelung als Lösung unangemessen. Die KWM sieht dabei die absurde Situation, daß über Jahre hinweg prüfungsberechtigte Lehrende jetzt „nicht mehr geeignet erscheinen müssen“.

Besonders betroffen sind auch die Studenten, denn sie können jetzt ihre Veranstaltungen nicht mehr nach dem Gesichtspunkt auswählen, daß sie sich von diesen Lehrenden später noch prüfen lassen können. Ferner wäre es ihnen nicht mehr möglich, studienbegleitende Leistungsnachweise zu erwerben, denn auch zu deren Ausstellung wären die Assistenten nicht mehr berechtigt.

Gegen diese Einschränkungen hat die KWM eine Urabstimmung durchgeführt: Mehr als 75 Prozent der betroffenen Lehrenden sind bereit, ab 1. Dezember

keine prüfungsbezogenen Lehrveranstaltungen im 3. Studienabschnitt durchzuführen,

- keine Schulbetreuung von Unterrichtsvorhaben in Projekten des 2. Studienabschnitts zuzusichern und
- ihre Mitwirkung an sämtlichen Lehramtsprüfungen, einschließlich der praktisch-theoretischen Prüfungen in Kunst, Musik und Sport, einzustellen und keinerlei prüfungsrelevante ausbildungsbegleitende Leistungsnachweise im Rahmen der Lehrerausbildung auszustellen, soweit nur ein Teil von ihnen unter Bedarfs Gesichtspunkten zu Mitgliedern des Prüfungsamtes berufen werden sollte.

In weiteren Verhandlungen mit dem Ministerium in Hannover wird es nun um die Kontroverse gehen, ob nur ein kleiner Teil der Assistenten prüfungsberechtigt sein wird - die totale Weigerung ließ sich ohnehin nicht durchsetzen -, oder ob der Grundsatz „Wer lehrt - prüft“ wieder ganz gültig sein wird.

Gundermann neuer LHK-Vorsitzender

Die Landeshochschulkonferenz (LHK), in der die Leiter der 20 niedersächsischen Hochschulen vertreten sind, hat den Rektor der Technischen Universität Clausthal, Professor Gundermann, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Gundermann löst Professor Jakoby (Hochschule für Musik und Theater Hannover) ab.

Frankfurter Institut mit ELAB-Gutachten beauftragt

Wissenschaftlicher Vergleich mit der Zweiphasigkeit

Die Universität hat den Leiter der Abteilung Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaft im Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Frankfurt), Professor Dr. W. Mitter, beauftragt, ein Gutachten über den von der Universität im Auftrag des Landes durchgeführten Modellversuch zur einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) anzufertigen. Die Vorarbeiten zur Erstellung des Gutachtens sind bereits angelaufen. Die Universitätsleitung richtet an alle Mitglieder der Hochschule (ZpB-Mitarbeiter, Hochschullehrer, Studenten, Kontaktlehrer), die von der Frankfurter Arbeitsgruppe angesprochen werden, die Bitte, sich für Auskünfte und Gespräche zur Verfügung zu stellen.

Das Gutachten will keine Evaluation des Unterrichtsvorhabens ersetzen, sondern soll Auskunft geben über — inhaltliche und strukturelle Probleme der Lehrerausbildung bei Beginn des Vorhabens
— Ziele, Wege und Ergebnisse des Vorhabens im Vergleich zur zweiphasigen Lehrerausbildung in der Bundesrepublik Deutschland
— Stellung der einphasigen Lehrerausbildung im Vergleich zu Entwicklungen im europäischen Ausland

Zusammen mit dem Gutachten, das am 30.6.1980 vorliegen soll, wird eine Dokumentation der wichtigsten Materialien zum Modellversuch (Erlasse, Verordnungen, Stellungnahmen, Planungspapiere) vom ZpB erstellt und veröffentlicht.

Kurz notiert • Kurz notiert

Die Lebenssituation alter Menschen will ein neues, selbstorganisiertes Arbeitsvorhaben innerhalb des geplanten Projektes „Alltagswirklichkeit und Bedürfniskonstitution“ untersuchen. Studenten der Diplom-Pädagogik, Diplom-Sozialwissenschaft, Diplom-Psychologie oder der Raumplanung können an dieser Veranstaltung teilnehmen. Kontaktadresse: Hartmut Loots (04407/1669).

Die Stiftung Volkswagenwerk zur Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre hat 1978 insgesamt 159,2 Millionen DM (1977: 137,3 Mio DM) vergeben. Mit diesem Betrag erzielte sie das bisher beste Jahresergebnis. Satzungsgemäß konnte das Niedersächsische Wissenschaftsministerium 16,1 Mio DM für Vorhaben vorschlagen. Die übrigen neuen Mittel verteilen sich auf 467 (405) Projekte.

Einen Vertrag zur Übernahme von Studenten haben jetzt die beiden Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein abgeschlossen. Dadurch können bis einschließlich Wintersemester 1981/82 zusätzlich 210 Studenten das Medizinstudium an der Universität Göttingen beginnen und an der Medizinischen Hochschule Lübeck fortsetzen.

Der Haushaltsentwurf 1980 des Niedersächsischen Kultusministeriums überschreitet erstmals in diesem Jahr die 4-Milliarden-Grenze und steigt gegenüber 1979 um rund 272 Millionen DM an. Am Gesamthaushalt des Landes in Höhe von 22,8 Milliarden DM ist der Kultushaushalt mit 18,43 % (1979 waren es 18,31 %) beteiligt. Die Zuwachsrate von 6,9 % liegt mit 0,7 % über der des Landeshaushalts von 6,2 %. Auf diese Zahlen machte heute Kultusminister Dr. Werner Remmers in Hannover aufmerksam.

Ihre betriebspraktischen Erfahrungen können die Lehrer an berufsbildenden Schulen ab sofort im Rahmen von Betriebspraktika aufpolieren. Dies teilte der Niedersächsische Kultusminister Dr. Werner Remmers heute in Hannover anlässlich der Veröffentlichung der Durchführungsbestimmungen für die Betriebspraktika mit. Zur Begründung meinte der Minister, daß die Qualität des Berufsschulunterrichts entscheidend von dem engen Bezug zur Betriebspraxis bestimmt werde. Die ständige Weiterentwicklung von Wissenschaft, Wirtschaft und Technik führe zu stetigen Veränderungen in den Betrieben und Verwaltungen und präge die Anforderungen am Arbeitsplatz.

„Ich selbst“



„Ich selbst - ein Thema in Kunst und Kunstunterricht“. Das ist der Titel einer Ausstellung, die vom 4.12. bis zum 14.12. im D-Trakt stattfindet. Die ausgestellten Arbeiten sind Produkte von Schülern eines Kunst-Leistungskurses an der IGS Aurich.

„Ich selbst“ gibt nicht nur einen Einblick über Arbeitstechniken im Fach Kunst sowie über die Methoden, die die Umsetzung eines solchen Themas ermöglichen. Vielmehr ist es die inhaltliche Aussage, bei der zum Ausdruck kommt, wie Jugendliche sich und ihre Umwelt sehen und empfinden. Hoffnungen und Ängste im Bezug zur Zukunft stehen bei vielen Arbeiten in direkter Verbindung mit Leistungsdruck, Umwelterstörung sowie Krieg und Frieden. Doch es kommen auch Freuden, Hoffnungen und Träume zum Ausdruck. Der Wunsch nach Selbstständigkeit und Selbstverantwortung ist ein ebenso deutlich erkennbares Merkmal. Aussagen, die, wie in der Ostfriesland-Zeitung zu lesen war, man auf sich wirken lassen muß.

„Ich selbst“ ist keine Verkaufsausstellung von Profikünstlern, sondern eine Veröffentlichung von Arbeiten von jugendlichen Schülern, die versuchen, durch Überwindung des Schulrahmens ihre eigene Person und ihr Verhalten zur Umwelt darzustellen.

Die Ausstellung wird vom museums-pädagogischen Modellversuch MOBILE, Museen Ostfriesland als Bildungsstätte und Lernort, getragen
K.-H. Lindt, L. Streblau

Arbeitsstelle für Ossietzky-Forschung

Ossietzky-Tochter will Universität Nachlaß übergeben

Der Senat hat einem Antrag des Fachbereichs III zugestimmt, der die Einrichtung einer „Arbeitsstelle Carl-von-Ossietzky-Forschung“ vorsieht. Die Idee dazu war nicht zuletzt durch das Angebot der Ossietzky-Tochter Rosalinde von Ossietzky-Palm gekommen, den in ihrem Besitz befindlichen Nachlaß ihres Vaters der Universität zu überlassen.

Das Angebot wurde einer Arbeitsgruppe um den Historiker Dr. Werner Boldt bei einem Besuch in Schweden unterbreitet. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um private Briefe, wobei es sich dabei um Schriftstücke aus den nationalsozialistischen Zuchthäusern und Lagern handelt.

Schon jetzt verfügt die Universität über einen Grundstock an Ossietzky-Literatur, der jedoch noch um Archi-

valien und auch um zeitgenössische Publizistik ergänzt werden soll.

Ziel der Arbeitsstelle soll die Herausgabe einer kommentierten Ossietzky-Ausgabe sein. Weiterhin sollen didaktische Materialien für den Schulunterricht erstellt werden. Ein dritter Bereich richtet sich auf eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit, in deren Rahmen ebenfalls Ausstellungen angeboten werden.

Berücksichtigt werden müßte laut Antragsteller bei dieser Arbeit auch die Geschichte der Emigration, die Analyse des regionalen Widerstandes und die Geschichte des deutschen Pazifismus.

Die Finanzierung der Arbeitsstelle soll durch Drittmittel ermöglicht werden, für die demnächst Anträge herausgehen sollen.

Ausbau der Naturwissenschaften

Fortsetzung von Seite 1
me Politik gegenüber dem Wissenschaftsrat ermöglichte. Dies war auch bitter notwendig, da entgegen allen Erwartungen der Wissenschaftsrat den Ausbau der Naturwissenschaften in Niedersachsen insgesamt sehr skeptisch im Hinblick auf den Bedarf beurteilte. Erst im zweiten Anlauf konnten Universität und Wissenschaftsminister aufgrund ihres gemeinsamen Handelns diese Bedenken durch eingehende Bedarfsuntersuchungen ausräumen. Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel vertrat dann auch selbst die gemeinsame Konzeption vor dem Wissenschaftsrat am vergangenen Freitag.

Insgesamt werden nun über 200 Millionen Mark für den Gesamtausbau der Universität in den nächsten vier Jahren zur Verfügung stehen. Mit dem Bau der Mensa, der Bibliothek und der Sportanlagen soll im Frühjahr begonnen werden. Der erste Spatenstich für die naturwissenschaftlichen Gebäude ist nach Angaben des Ministeriums im Herbst geplant. Die Universität hofft allerdings, daß dieser Termin vorgezogen werden kann.

Vortragsreihe des Altec-Projektes

Das Projekt „Alternative Technologien“ (Altec) veranstaltet im Wintersemester 79/80 eine Vortragsreihe. Die Veranstaltungen finden jeweils donnerstags von 16.15 bis 18.00 im Hörsaal G statt.

29.11. Das brasilianische Energieprogramm (Prof. W. Thiemann), Universität Bremen

6.12. Windenergieschiffe (Dr. Schenzle, Hamburg)

13. 12. Bericht über die Arbeiten der „Arbeitsgruppe für angepaßte Technologien“, insbesondere Biogassysteme, Fisch-Algen-Wasserpflanzen-System, Alternative Bautechnologien (Dr. A. Onken, Gesamthochschule Kassel).

17. 1. Projektleitung Energieforschung der Kernforschungsanlage Jülich, Entwicklungsstand und Einsatzmöglichkeiten nichtfossiler nichtnuklearer Energieträger (Dr. H. J. Stöcker).

24. 1. Vergasung von Biomasse (Dr. E. Nitschke, Uhd, Dortmund).

31. 1. Biogasanlagen- Möglichkeiten der technischen Realisierung (Dr. Stefan, Bremerhaven).

Organisation und Professionalisierung im Sportbereich

Sportwissenschaftler und Soziologen diskutierten Probleme bei der empirischen Untersuchung von Sportorganisationen

Die seit kurzer Zeit bestehende Arbeitsgruppe „Sportssoziologie“ versteht sich als einen offenen und nicht-institutionalisierten Zusammenschluß einiger westdeutscher Soziologen und Sportwissenschaftler, die sich zur Aufgabe gestellt haben, soziale und gesellschaftliche Grundlagen des Sports zu untersuchen und zu diskutieren. Bei ihrem zweiten Treffen in der Universität Oldenburg (26./27.10.79) ging es um Fragen der Organisation und Professionalisierung im gegenwärtigen Sportbetrieb.

Die Kollegen Karhausen und Winkler (Universität Köln) berichteten über ihr soziologisches Forschungsprojekt zur „Organisationsanalyse des Deutschen Sportbundes“ (DSB) und einiger ausgewählter Mitgliedsorganisationen. Im Mittelpunkt dieser Analyse steht die Frage nach

Entwicklungen und Ausformungen „organisierter Verhaltens“ im Sport, wie es sich im DSB als der Dachorganisation des westdeutschen Sports institutionell ausdrückt. Besonders zwei Probleme gerieten ins Zentrum der Diskussion:

— Wie läßt sich eine Sportorganisation empirisch untersuchen, wenn man davon ausgehen muß - und das ist auch die Erfahrung von Karhausen/Winkler -, daß sich soziale, kulturelle und auch andere gesellschaftliche Organisationsformen sehr ungerne wissenschaftlichen Untersuchungen stellen. Schließlich besteht hier die Gefahr einer Offenlegung organisationsinterner Beziehungs- und Praxisweisen. Die bisher angewendeten Methoden des Interviews und der Befragung (Fragebogen etc.) greifen nicht weit und tief genug, um jenen für die Aussagekraft einer Un-

tersuchung so wichtigen Organisations-„Internia“ näher zu kommen. Ob man in diesem Zusammenhang mit Ansätzen der Feldforschung fündiger wird, blieb in der Diskussion offen.

— Obwohl die Organisationsformen des Sports jeweils allgemein gültigen Modellen gesellschaftlichen Organisierens nachgebildet sind, werden in ihnen zugleich „sportspezifische“ Organisationsmodelle entwickelt. Als Frage blieb stehen, inwieweit man dieser Besonderheit auf der Grundlage einer Begrifflichkeit und Theoriebildung der allgemeinen Organisationssoziologie gerecht werden könne. Im zweiten Referat vom Kollegen Lüschen (Universität Urbana/USA) über eine Untersuchung der „Strukturen und Verbandspolitik Nationaler Olympischer Komitees“ stießen

die Teilnehmer bei der Diskussion der vorgelegten Teilergebnisse auf ähnliche und analoge Fragestellungen wie im Referat von Karhausen/Winkler, nur auf der Ebene internationaler Organisationsformen des Sports und deren interkulturellen und weltpolitischen Problematik. Zum Vorgang der „Professionalisierung“ im westdeutschen Leistungssport berichtete Kollege Fischer (Universität Göttingen) aus seiner, laufenden Untersuchung. Er zeigte zwei zentrale Schwerpunkte auf: 1. Wenn ein Sozialforscher als teilnehmender Beobachter und Mithandlender in den zu untersuchenden Bereich hineingeht, erlebt und erfährt er seinen „Untersuchungsgegenstand“ sehr unmittelbar und vor allem in dessen „geheimen“ und „informellen“ Beziehungszusammenhängen. Wie kann der darin seine sogenannte

wissenschaftliche „Objektivität“ bewahren? 2. Ebenfalls in diesem Referat wurde - wie oben bereits erwähnt - deutlich, daß soziologische Begriffe und Theorien zur allgemeinen gesellschaftlichen Professionalisierung nicht ohne Modifikation und Differenzierungen auf besondere Sozialbereiche anwendbar sind.

„Ergebnisse“ brachte die Arbeitstagung in einem verdinglichenden Sinne nicht, dagegen aber einen intensiven Austausch über Ansätze sportsoziologischen Forschens und Theoriebildens sowie damit verbundenen wissenschaftlichen, politischen und institutionellen Unwegsamkeiten. Das nächste Treffen soll im Mai 1980 unter dem thematischen Schwerpunkt „Soziologische Aspekte aggressiven Verhaltens im Sport“ in Göttingen stattfinden.

Bero Rigauer

Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.

OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG



Stellvertreter ausgeschlossen

Die Teilnahme von Stellvertretern an den Sitzungen der Berufungskommissionen, ohne daß die ordentlichen Mitglieder verhindert sind, ist nach Auffassung des Wissenschaftsministeriums rechtswidrig. In einem Erlaß untersagte das Ministerium jetzt die von der Universität im vergangenen Jahr eingeführte Praxis, wonach Stellvertreter an den Sitzungen der Berufungskommissionen grundsätzlich teilnehmen können. Der Senat hatte im Oktober vergangenen Jahres einen entsprechenden Beschluß gefaßt, um insbesondere den wissenschaftlichen Mitarbeitern und den Studenten eine stärkere Präsenz in den Berufungskommissionen zu ermöglichen. Das Ministerium begründete seine Haltung damit, daß die Sitzungen der Kommissionen nicht öffentlich seien. Bei Teilnahme von Stellvertretern bestehe die „Gefahr der Beeinflussung der ordentlichen Mitglieder“.

„Desavouierung“ der Universitätsgremien

Scharfe Kritik des Senats an Professor Krumbein

Als Desavouierung der Universitätsgremien hat der Senat in einem mit sieben gegen vier Stimmen angenommenen Beschluß ein Schreiben von Professor Wolfgang Krumbein an den Wissenschaftsminister bezeichnet, in dem der Naturwissenschaftler die Einrichtung eines Instituts für Mikrobiologie und Ultramorphologie vorge schlagen hatte, obwohl die Strukturdebatte der Universität noch läuft. Gleichzeitig mißbilligte der Senat das irrtümliche Vorgehen des Interimspräsidenten, Professor Hans-Dietrich Raapke, der den Brief mit einem befürwortenden Schreiben weitergeleitet hatte, ohne den Dekan des Fachbereichs informiert zu haben.

In seinem Schreiben an den Minister hatte Krumbein, der einen Ruf an die Technische Universität Harburg hat, seine Initiative damit begründet, eine Antragstellung auf ein Institut im

Fachbereich oder Senat erübrige sich, da dieser Weg durch Beschlüsse versperrt sei. Er sei aber davon überzeugt, daß er seine Verpflichtung zur Planung und Organisation von Forschung und Lehre in seinem Fach nicht erfüllen könne, solange die bisherige Organisationsform erhalten bleibe.

Der Senat will den gesamten Vorgang auf einer seiner nächsten Sitzungen noch einmal diskutieren und die Unterlagen auch an das Konzil weiterleiten. Zu diesem Zweck fordert er den Präsidenten auf, Kopien des Vorganges, die zum Teil nicht mehr in der Universität vorhanden sind, beim Minister anzufordern.

Der Senat bekräftigte in diesem Zusammenhang noch einmal, daß die Neustrukturierung der Universität in der Zuständigkeit der Kollegialorgane liege. gh

Der Gastkommentar



Dr. Ekkehard Seber, Schul- und Kulturdezernent der Stadt Oldenburg, über die KIBUM

Im Jahre 1974 lud Frau Dr. Friedl im Rahmen der „Politischen Frühlingsferien“ der Volkshochschule Oldenburg zu der Veranstaltung ein: „Welche Bücher für unser Kind?“ Als Gast referierte Professor Dr. Promies. Er bezeichnete jede Empfehlung im Kinderbuchbereich als problematisch: Kinder sollten möglichst selbst entscheiden, was sie lesen wollen. Die Besucher dieses „Politischen Frühlings“ bemängelten, daß es keine umfassende Übersicht der Kinderbuchproduktion und vor allem neuerer Kinderbücher gäbe. Hieraus entstand die Idee, die Gesamtproduktion deutschsprachiger Kinder- und Jugendbücher eines Jahres in einer Ausstellung zusammenzufassen.

Der Impuls zu einer Kinder- und Jugendbuchmesse war von den Zuhörern der VHS-Veranstaltung gegeben worden. Frau Friedl und Herr Promies erarbeiteten auf dieser Basis die Konzeption für die KIBUM:

- eine nichtkommerzielle Buchmesse ohne Verlagsstände;
- eine unzensurierte Präsentation der Jahresproduktion deutschsprachiger Kinder- und Jugendbücher;
- ein Begleitprogramm, das den Besuchern der Messe die Beurteilung der Qualität der Bücher ermöglichen sollte;
- eine Messe für Kinder und Jugendliche, nicht vornehmlich für Erwachsene.

Da ein solches Programm weder von der Volkshochschule noch von der Universität hätte finanziert werden können, wurde die Stadt Oldenburg angesprochen. Der damalige Kulturdezernent, Stadtrat Möller, sicherte die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt zu, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Er machte aber auch deutlich, daß die Stadt auf eine inhaltliche Mitbestimmung Wert lege. Daraufhin wurde ein Vorbereitungskreis für die Messe beschlossen, dem neben den Veranstaltern Stadt, Universität und VHS auch alle anderen an der Messe zu beteiligenden Einrichtungen wie Staatstheater, Galerien, Kunstverein, Buchhandel und Kino angehören sollten. Vorsitz und Federführung in diesem Arbeitskreis

wurde Herrn Post, Leiter der städtischen Kulturarbeit, übertragen. Ein Verbund privater und öffentlicher Kulturträger in Oldenburg war geschaffen, zweckgerichtet auf die nichtkommerzielle KIBUM. In diesem Kulturverbund wurden die jeweiligen Messen von allen Beteiligten organisatorisch und inhaltlich vorbereitet. Der Kulturverbund hat bei den vergangenen fünf Messen eine gute, nicht immer reibungs-freie, am gemeinsamen Ziel orientierte Zusammenarbeit geleistet. Inhaltliche Auseinandersetzungen hat es eigentlich nur gegeben bei der Fragestellung, ob das nichtkommerzielle Konzept durch kommerzielle Begleitprogramme (Buchhandel, Kino) erhalten bleiben kann. Klimatische Reibungen hat es dadurch gegeben, daß nur wenige Beteiligte die Publizität der Messe genießen konnten, aber viele der Beteiligten, gerade auch die Studenten und Bibliothekarinnen, die Last der Messarbeit tragen mußten.

Das Konzept der KIBUM mußte sich fünfmal beweisen und hat sich bewährt. Es kann im wesentlichen weitergeführt werden.

Professor Promies, als Vertreter für den Mitveranstalter Universität Oldenburg, verläßt die Stadt. Im Namen aller Beteiligten im „Kulturverbund KIBUM“ danke ich Promies als Mitinitiator und Mitorganisator für seine hervorragende Arbeit. Mancher Schwerpunkt der letzten Messen wäre ohne seine Hochschultätigkeit nicht denkbar gewesen, so vor allem auch die zur Zeit im Stadtmuseum gezeigte Ausstellung „Erziehung zum Krieg - Krieg als Erzieher“. Die Veranstalter der KIBUM hoffen, daß auch nach dem Ausscheiden von Promies die Universität Oldenburg sich als Mitveranstalter der KIBUM weiter engagiert.

So könnte die genannte Ausstellung sicherlich in verschiedener Weise ergänzt und weiterentwickelt werden. Dazu ist wissenschaftliche Arbeit erforderlich. Das kann von den drei Veranstaltern weder die VHS noch die Stadt leisten, wohl aber die Universität. Sie hat Gelegenheit dazu.

Hochschulverband jetzt auch an der Universität Oldenburg

Örtliche Gruppe will sich allerdings nicht an Gremienwahlen beteiligen

Die Gründung einer Hochschulverbandsgruppe Oldenburg bedeutet nach Auffassung ihres Vorsitzenden, Professor Wolfgang Krumbein, keine weitere Polarisierung innerhalb der Hochschullehrerschaft. Vielmehr könne sie zur Integration beitragen, weil sie allen Hochschullehrern offen stehe. Der Verband sei eine Ständevertretung und werde sich nicht als hochschulpolitische Gruppierung in Oldenburg an den Uni-Wahlen beteiligen.

Die Oldenburger Gruppe wurde in der vergangenen Woche in Anwesenheit des Präsidenten des Hochschulverbandes und CDU-Landtagsabgeordneten, Professor Werner Pöls, gegründet. Ihr gehören nach Auskunft Krumbeins über 30 Hochschullehrer aus der Universität an. Pöls erklärte dazu, daß das Ansehen der Hochschule zweifellos durch die Gründung der Hochschulverbandsgruppe steigen werde. Gleichzeitig wandte sich Pöls gegen die pauschale Verurteilung der Neugründungen Oldenburg und Osnabrück. Auf die Frage, ob er in diesem Zusammenhang seine Aussagen laut „Norderneyer Badezeitung“ vom 17. Nov. 78 noch aufrecht erhalten könne, erklärte der CDU-Abgeordnete, er habe sie so nicht geäußert, sondern lediglich auf bestimmte Tendenzen in einzelnen Fachbereichen hinweisen wollen.

Laut Bericht der Zeitung hatte Pöls im Rahmen einer CDU-Veranstaltung über „Die Sprache der Neuen Linken“ gesagt, die Hochschulabsol-

venten (der Neuen Linken, d.R.) würden schon bald ihre rechtsfeindliche Saat austreuen. Anlaß zu besonders heftiger Kritik seien die Zustände an den Universitäten Marburg, Frankfurt, Bremen, Oldenburg und Osnabrück.

An der Gruppenuniversität übte Wolfgang Krumbein Kritik. Gegenüber dem Uni-Info meinte der Naturwissenschaftler, die Mitbestimmung per gesetzlicher Regelung sei nicht der geeignete Weg zur Demokratisierung der Unis gewesen, weil sie zur Verrechtlichung der Universitäten und zur Stärkung der Exekutive geführt habe. Gleichzeitig erklärte er, daß bei Paritätenregelung im Hochschulrahmengesetz die Sachkompetenz der Hochschullehrer in vertretbarer Weise zum Ausdruck komme. Bedauerlich sei, das könne er für die

Oldenburger Gruppe des Hochschulverbandes sagen, daß das Niedersächsische Hochschulgesetz die gleichen Paritäten für wissenschaftliche Einrichtungen nicht vorsehe. Wenn sich seine Gruppe dennoch für die Gründung von Instituten und Seminaren ausspreche, so tue sie das im Interesse einer effektiveren Forschung und Lehre.

Dem Hochschulverband e.V. gehören auf Bundesebene und in West-Berlin nach eigenen Angaben 11000 von insgesamt 18000 Hochschullehrern an. Er wurde 1950 als Ständesorganisation der Professoren gegründet. Oldenburg gehörte zu den letzten Universitäten, in der es noch keine örtliche Gruppe gab. Dem Vorstand gehört neben Krumbein der Erziehungswissenschaftler Dr. Hans-Joachim Fischer an. gh

Kommissionen eingerichtet

Am 25. und 26. Oktober sind die Studienreformkommissionen auf Landesebene für „Biolissenschaften“, „Chemie und Pharmazie“, „Geowissenschaften“, „Architektur, Landespflege und Raumplanung“ und „Sachunterricht in der Gesamtschule“ zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Damit sind nunmehr 10 von insgesamt 31 vorgesehenen Kommissionen vom Wissenschaftsminister eingesetzt worden.

CDU-Ausschuß für Wissenschaft

Im CDU-Landesverband hat sich jetzt ein Ausschuß für Wissenschaft und Kunst gebildet, dessen Vorsitzender der ehemalige Rektor der Fachhochschule Vechta, Professor Werner Münch, ist. Dort sollen nach Angaben der CDU demnächst u.a. Themen wie „Einhafische Lehrerausbildung“, „Z-Prüfungen“ und „Namensgebung der Universität Oldenburg“ behandelt und diskutiert werden.

Zum achten Mal vor dem Arbeitsgericht erfolgreich

Diplom-Physiker Reinhard Weber bleibt auf seiner Stelle - Revision vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel?

Zum 8. Mal stritt der Physiker Dr. Reinhard Weber jetzt erfolgreich vor einem Arbeitsgericht für seine Einstellung. In der jüngsten Entscheidung des Landesarbeitsgerichts vom 7. November wurde das Land Niedersachsen verpflichtet, Weber so lange als Verwalter einer akademischen Ratsstelle zu beschäftigen, bis diese Stelle durch ein ordentliches Verfahren besetzt ist.

Seit September 1976 befindet sich Reinhard Weber, der in Göttingen mit magna cum laude promovierte und dessen fachliche Qualität von niemandem bezweifelt wird, in Fehde mit dem Land Niedersachsen. Damals sollte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Drittmittelprojekt des FB IV für zwei Jahre angestellt werden. Doch „Erkenntnisse“ des Innenministers zwangen ihn zunächst vor die Anhängungskommission in Hannover, wo ihm u.a. die Mitgliedschaft in der „Gesellschaft

zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV), einer ehemaligen KBW-Organisation, sowie die Teilnahme an einer Demonstration in Göttingen gegen die Erhöhung der Gaspreise vorgeworfen wurde. Das Ergebnis der Anhörung verlief für Weber negativ.

Auch eine Remonstration des Rektors gegen die Entscheidung des Ministers konnte daran nichts ändern. Erst eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Oldenburg erzwang fast eininhalb Jahre später die Ein-

stellung des Physiklers -allerdings nur noch für sieben Monate bis zur Beendigung des Forschungsvorhabens am 31. August 1978. In der Hauptverhandlung kam das Gericht zum gleichen Ergebnis. Auch in den Berufungsverfahren hatte das Land, das die Universität vertreten mußte, kein Glück mit seiner harten Haltung. Ganz im Gegenteil. Das Landesarbeitsgericht machte sogar dem Land Vorhaltungen, weil es angegeben hatte, gegen Weber sei Klage wegen der Betreibung eines nicht genehmigten Informationsstandes erhoben worden, ohne dabei zu sagen, daß Weber in dieser Angelegenheit längst freigesprochen worden war. Gleichzeitig hielt das Gericht fest, daß die Demonstration gegen die Gaspreiser-

höhung „offensichtlich nicht gegen die verfassungsrechtliche Ordnung unseres Staates gerichtet“ sei. Auch könnten Zweifel hinsichtlich der Verfassungstreue des Klägers nicht ohne weiteres aus der Nichtbeantwortung der Frage nach der Mitgliedschaft in der GUV sowie der Ablehnung einer Äußerung zum Programm des KBW vor der Anhängungskommission hergeleitet werden. Es bestehe zur Beantwortung keine Pflicht.

Diese deutliche Sprache machte dennoch keinen Eindruck auf das Ministerium. Als sich Weber im vergangenen Jahr wiederum - diesmal um die Verwaltung einer Ratsstelle „Prozeßrechner“ - an der Universität Oldenburg bewarb, verbot er erneut die Einstellung, obwohl nicht einmal

neue „Erkenntnisse“ vorlagen. Wiederum erreichte der Wissenschaftler seine Einstellung erst durch eine einstweilige Verfügung, deren Rechtmäßigkeit auch vom Landesarbeitsgericht bestätigt wurde. Auch in den Hauptverhandlungen wollten die Gerichte dem Wissenschaftsminister wiederum nicht folgen. Jetzt bleibt ihm nur noch der Weg zum Bundesarbeitsgericht in Kassel. Ehe dieses entschieden hat, dürfte allerdings das förmliche Besetzungsverfahren für die Ratsstelle abgeschlossen sein - es sei denn, über einen erfolgreichen Bewerber lägen wiederum „Erkenntnisse“ vor und das Karussell würde sich erneut zu drehen beginnen - diesmal dann vor dem Verwaltungsgericht. gh

Neue Geschäftsverteilung im ZpB

Eine neue Geschäftsverteilung soll unter den wissenschaftlichen Mitarbeiter im Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) eine stärkere Dezentralisierung der Beratungs-, Koordinations- und Planungsaufgaben sichern. Zuständig sind im Rahmen dieser neuen Geschäftsverteilung für die jeweiligen ELAB-Studiengänge im

FB I: Ilka Grabbe-Egloff. (einschl. Erkundungsvorhaben). Sprechstunde: donnerstags 11-13 Uhr, Raum 104 ZpB

FB II: Richard Stinshoff. Sprechstunde: donnerstags 12-13 Uhr, VG 516.

FB III: Brigitte Jany. Sprechstunde: freitags 10-12 Uhr, Raum 110 ZpB.

M. Kriszjo. Sprechstunde: donnerstags 14.30-16 Uhr, VG 310 (einschl. Erkundungsvorhaben in Abstimmung mit FB I)

FB IV: Klaus Jaeckel. Sprechstunde: mittwochs 12-13 Uhr, AVZ 2-464. Diese Zuständigkeit schließt die Koordination der spezifischen Studienangebote (in allen Studienabschnitten), die spezifische Studienberatung und die Zuordnung von Kontaktlehrern zu Projekten im 1. und 2. Studienabschnitt ein.

Im „zentralen Bereich“ des ZpB verbleiben folgende Zuständigkeiten:

1. Allgemeine Probleme der Studiengangsplanung, Prüfungsprobleme, Rechtsfragen (einschl. Beratung) GKL, Anrechnung von Studienleistungen und berufspraktischen Vorhaben Hansjürgen Otto. Sprechstunde: donnerstags 10-12 Uhr, Raum 104

2. Rahmenkoordination der Kontaktlehrer (KL), KL-Tagungen, Gesprächskreis Schule-Universität. Ulrich Steinbring. Sprechstunde: donnerstags 11-13 Uhr, Raum 003.

3. reihe „materialien aus schule und universität“. Tagungen und Dokumentationen. Wolfgang Fichten.

Sprechstunde: mittwochs 11-13 Uhr, Raum 110.

4. Rahmenkoordination zur schulpraktischen Ausbildung, Werbung von KL und ML, Zuordnung von Studenten 3. Studienabschnitt/ Haushalts- und Finanzangelegenheiten. Detlef Spindler. Sprechstunde: donnerstags 12.13-14 Uhr, freitags 9. donnerstags 12.30-14 Uhr, freitags 9-10 Uhr, Raum 010.

5. Evaluation und hochschuldidaktische Beratung. Koordination 1. Studienabschnitt: Ilka Grabbe-Egloff. 3. Studienabschnitt: Brigitte Jany, Wolfgang Fichten.

Abrechnung von Erkundungen

Von den Möglichkeiten der Abrechnung von „Erkundungen an Einzeltagen“, die im Vorbereitungssemester zum unterrichtspraktischen Halbjahr der Ausbildung dienen, machen bisher nicht alle Studenten Gebrauch, wie das ZpB mitteilt. Bis zu 6 Einzelfahrten zwischen Schulort und Hochschulort können von den Studenten im Vorbereitungssemester abgerechnet werden. Zuschüsse werden für diese Fahrten in Höhe der Fahrtkosten zwischen Schulort und Hochschulort bezahlt.

ASta im ADH

Auf der Vollversammlung des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes (ADH) ist der Antrag des ASta der Universität Oldenburg auf Mitgliedschaft angenommen worden. Dem Verband gehören über 50 Hochschulen der Bundesrepublik an. Er vertritt die hochschulsportpolitischen Interessen, organisiert Wettkämpfe auf nationaler und internationaler Ebene und betreibt Bildungsarbeit zum Sport im Erwachsenenbereich.

Segelkurs

Am Donnerstag, dem 15.11., hat der Universitätssegelclub Oldenburg (USCO) mit einem Kurs „DSV-Segelführerschein A“. Der theoretische Teil findet in den Wintermonaten statt, der praktische Unterricht schließt sich mit Beginn der Segelsaison an.

Der noch junge Verein bemüht sich, durch seine Aktivitäten den Universitätsangehörigen neue Möglichkeiten für den Segelsport zu schaffen. Im Sommer d.J. hat der Klub an vielen Wochenenden auf dem Zwischenahner Meer Übungsstunden im Jollen segeln abgehalten und für die am Hochseesegeln Interessierten ein gutes Dutzend Chartertern mit großen Segelyachten nach Helgoland und zu den ostfriesischen Inseln organisiert. Im Winterhalbjahr werden neben dem oben erwähnten A-Schein-Kurs noch Kurse für das Seesprechfunkzeugnis und die „Signalmitteilungsprüfung“ zum BR-Schein von Mitgliedern des Klubs angeboten. Im Februar soll dann ein Kurs für den DSV-Segelführerschein BR folgen. Die Mitglieder treffen sich an jedem ersten Donnerstag im Monat zu einem informellen Klönabend, bei dem Neugierige herzlich willkommen sind. An diesen Abenden soll auch jeweils ein Thema (wie Technik des Surfens, Navigation, Tauchtechnik oder Knoten und Spleißen) die allgemeine Diskussion einleiten.

Fundsache

„Dank der von der VV beschlossenen Resolution und der Öffentlichkeitsarbeit (NDR) der Fachschaft Physik beschloß der Wissenschaftsrat in West-Berlin den Ausbau der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg...“ Aus einem Flugblatt der Fachschaft Physik.

Zur Berufspraxis für Naturwissenschaftler

In Fortsetzung der Ankündigung der ersten Hälfte der Ringvorlesung „Themen zur naturwissenschaftlichen Berufspraxis“ (Uni-Info 14/79) werden hier die restlichen Termine bekanntgegeben. In der Ringvorlesung arbeiten Referenten aus Gewerkschaften, Betrieben, Behörden und Universität zusammen. Federführend ist Prof. Thomas Höpner (Biochemie).

11. Dez. Theorie und Praxis des Arbeitsschutzes am Beispiel Asbest, Dipl.-Ing. W. Graeser, Asbestos Corporation, Nordenham.

18. Dez. Meß- und Untersuchungsverfahren zur Einschätzung chemischer Arbeitsplatzgefährdungen. Dr. W. Butte, Universität Oldenburg.

8. Jan. Automation, Rationalisierung, technologisch bedingte Dequalifizierung in Betrieben und Einflußmöglichkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Dipl.-Phys. E. Naurmann, Universität Oldenburg.

15. Jan. Immissionschutzgesetz und Chemikaliengesetz. Auswirkungen auf Studium und Arbeitsmarkt. Prof. Dr. D. Schuller, Universität Oldenburg.

22. Jan. Umweltschutz und Gefährdung am Arbeitsplatz aus gewerkschaftlicher Sicht. Dr. G. Albracht (IG Chemie, Hauptverwaltung).

29. Jan. Experimentelle Naturwissenschaftler in Großforschungsinstitutionen. Dr. I. Witte, Universität Oldenburg.

5. Febr. Naturwissenschaften, Streitkräfte und Öffentlichkeit. Inhalte der Wehrforschung am Beispiel der Chemie - ein seltenes Arbeitsfeld für Naturwissenschaftler. Dr. A. Schrempf, Universität Oldenburg.

Personalien

Professor Dr. Peter Köll, Chemiker im Fachbereich IV, hielt auf dem Symposium „Neue Technologien der Torfverwertung“, das Anfang November in Bad Zwischenahn stattfand und an dem Vertreter aus 15 Nationen teilnahmen, einen Plenarvortrag zum Thema „Versuche zur Verflüssigung von Torf“.

Professor Dr. Klaus Brake, Raumplaner im Fachbereich III, ist vom Minister für Wissenschaft und Kunst in die Studienreformkommission „Architektur, Landespflege und Raumordnung“ (Fachkommission 22) auf Landesebene berufen worden.

Dr. Nina Kozhanova, All-Union Plant Protection Institute, Leningrad, UdSSR, hielt sich im Oktober an der Universität Oldenburg auf. Sie tauschte mit **Dr. Hans-Jörg Ferenz**, (Zoophysiologie im FB II) Erfahrungen und neue Erkenntnisse über juvenilehormonabhängige Fortpflanzungsvorgänge bei Insekten aus.

*

16 Mitarbeiter der Verwaltung haben den eigens an der Universität eingerichteten Verwaltungslehrgang erfolgreich abgeschlossen: Monika Außerbauer (ZpB), Solveigh Brustschneider (Dezernat 3), Karin Claßen (KWW), Ute Fuhrken (Dez. 2), Karin Gerken (Dezernat 3), Wilfried Hesse (Dezernat 3), Gabriele Hormig (Rechenzentrum), Sigrid Kalb (Fachbereich IV), Gunda Kramer (Dezernat 3), Johannes Koep (Dezernat 2), Sigrid Kühne (Dezernat 1), Dirk Lübbers (Dezernat 3), Gisela Matthiessen (ZpB), Sieglinde Neitsch (ZpB), Rolf Richter (Dezernat 4), Margarete Wesemann (Fachbereich IV).

JEANS
von **Horten**
Levis · Wrangler · Pionier · Lois · Sottler

COPIERCENTER OLDENBURG
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41/7 55 50

Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück **0,10 DM**
ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM

SCHNELLDRUCK-SERVICE
DRUCK-CENTER
Schützenweg 4 · Ruf 04 41/7 55 50

zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
Auflage 20 Stück **DM 2,50**
Auflage 100 Stück **DM 6,50**
Auflage 500 Stück **DM 23,50**
Auflage 1000 Stück **DM 38,00**
Auflage 2000 Stück **DM 68,00**

Optiker Schulz
für besseres Sehen und Hören
Achtelnstraße / Ecke Ritterstraße

Bevor wir Brillen anpassen, passen wir erst einmal auf. Denn die Erfüllung individueller Kundenwünsche ist unser oberstes Gebot.

SPANHAKE aktuell
In · basteln · basteln · basteln

Jeder braucht ein Hobby
Auch Du!

Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.

Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!

oldenburg - lange str.

TABULA
BUCHLADEN
IM HERBARTGANG

WALLERSTR. · LANGSTR. · HERBARTGANG · STR. · KURWICKSTR.

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

SIEMENS

Elektronik, die uns täglich hilft

Beispiel 1:
Taubstumm lernen sprechen

Von Geburt an taub zu sein und deshalb nicht sprechen zu können, ist kein unabwendbares Schicksal mehr. Mit Hilfe neuer Kommunikationssysteme können auch Taube und schwer hörende Kinder lernen zu sprechen.

So trägt die Elektronik dazu bei, Behinderten die Welt zu erschließen. Elektronische Geräte können vielleicht schon in naher Zukunft auch Blinden ein begrenztes Sehvermögen vermitteln. Darüber hinaus hilft die Elektronik, unsere Umwelt besser zu schützen, im Auto sicherer zu fahren,

teure Energie mehr als bisher zu sparen - den technischen Fortschritt für uns alle zu nutzen.

Siemens AG

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

Spedition
Möbeltransport
International
DEUS
TEL. (04 41) 7 10 01

HENCKUS
2 Stunden Expressarbeiten Service
Fotokopien
Buchbindarbeiten
Zeitschriften
Berichte
Buchbinderei
Jochen Henckus
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

AUTOHAUS Büchner
V-A-G
Gebrauchtwagen
Alle Fabrikate
Große Auswahl. Und nicht teuer.
31081
Donnerschwerstr. 336 · 29 Oldenburg